Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1,20 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2.50 M., monatlich 0,90 M. Durch die Post vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,30 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 20 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 30 bezw. 80 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6746 Breslau.

Nummer 57 | Sonntag, den 7. März 1920. | 38. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Oberste Rat will Deutschland gestatten, zur Beschaffung von Rohstoffen und Lebensmitteln eine große internationale Anleihe auszuschreiben.

* Die Abstimmung in Oberschlesien soll, nach Meldungen aus Paris, gleich nach Pfingsten erfolgen.

* Die Mehrheitsparteien haben sich dahin geeinigt, daß die Neuwahlen zum Reichstage bis zum Jahresende hinausgeschoben werden sollen.

* Zwischen der preußischen Regierung und der Abordnung aus Schleswig-Holstein wurden in der Autonomiefrage befriedigende Erklärungen ausgetauscht.

* Der Führer der Unabhängigen, Ernst Däumig, ist durch Beschluß des Reichsmilitärgerichts aus der Schutzhaft entlassen worden.

* In einer weiteren Note an die Entente lehnt Holland erneut die Auslieferung Wilhelms II. ab.

* Marschall Foch fordert, daß die Türkei in Zukunft kein Heer mehr unterhalten darf.

* Nach Meldungen aus Rom hat Ministerpräsident Nitti eine Revision des Friedensvertrages bei der Entente durchgesetzt.

* Gerüchtweise verlautet, daß in Portugal die Räterepublik ausgerufen worden sei. Alle Verbindungen dorthin sind unterbrochen.

* Aus Tokio wird gemeldet, daß Japan mit der Ernennung Dr. Solfs zum deutschen Gesandten in Japan einverstanden ist.

Keine Auslieferung Wilhelms II.

Holland lehnt erneut ab!

Der holländische Außenminister hat bezüglich des Auslieferungsverlangens der Entente dieser in Paris eine weitere Antwortnote überreichen lassen, in der es heißt:

„Die Regierung Ihrer Majestät hat die Beweggründe der Mächte nochmals in ernsthafte Erwägung gezogen und hat von neuem gewissenhaft geprüft, was unter den gegebenen Umständen ihre Pflicht sei. Die Regierung ist aber außerstande, zu einer anderen Schlußfolgerung zu kommen als zu der, welche bereits in der Note vom 31. Januar niedergelegt wurden und welche sich dagegen aussprechen, dem Wunsche der Mächte Folge zu leisten.“

Bezüglich der Überwachung des Kaisers besagt die Note: „Sie ist sich indessen der Pflichten bewußt, welche ihr die Anwesenheit des Kaisers innerhalb der Grenzen des Königreiches, sowohl mit Rücksicht auf die eigenen Interessen des Landes als auch auf die internationalen Sicherheiten aufbürden. Die Regierung bedauert, daß die Mächte anscheinend unter dem Eindruck stehen, daß sie, da die Antwort auf das Auslieferungsgesuch hiervon nicht spricht, diese Seite der Frage aus dem Auge verloren und ihr nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet habe. Dies ist keineswegs der Fall. Die Regierung Ihrer Majestät sieht ihre Pflichten in dieser Hinsicht vollständig klar vor Augen und hat von Anfang an ihre Verpflichtungen berücksichtigt und sie wird dies auch weiter tun, da sie in der freien Ausübung ihrer vollen Hoheitsrechte in der Lage ist, sofort alle wirksamen Vorsorgemaßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die Freiheit des Exkaisers innerhalb der notwendigen Schranken zu halten.

Europas Wiederaufbau.

Das Manifest des Obersten Rates.

Die Londoner Tagung des Obersten Rates ist beendet. Im Mittelpunkte des Interesses stehen die Entscheidungen finanzieller und wirtschaftlicher Natur, die in einem Manifest zusammengefaßt wurden. Dieses Manifest soll erst veröffentlicht werden, wenn es die Billigung Millerands erhalten hat. Die Londoner Korrespondenten berichten über den Inhalt folgendes: Im ersten Teile wird empfohlen:

1. Daß eine größere Menge Rohstoffe Deutschland geliefert werden soll;

2. daß die Alliierten an dem Wiederaufbau Deutschlands mitwirken sollen, da dieses für ganz Europa von Wichtigkeit ist und Pflicht wie Interesse ihn gebiete;

3. daß der Wiederaufbau und die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete Frankreichs und Belgiens als internationale und nicht als nationale Frage aufzufassen sei und daß alle Alliierten an diesem Wiederaufbau teilzunehmen haben;

4. daß das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas nicht als hergestellt zu betrachten sei, solange Deutschland und Frankreich nicht in die Lage versetzt sind, ihr industrielles Leben wie vor dem Kriege aufzunehmen.

Die hauptsächlichsten Entscheidungen des zweiten Teiles sind folgende: 1. Rückkehr direkten Tauschsystems in jenen Ländern, deren Valuta vollständig erschüttert ist. 2. Herstellung einer gemeinsamen finanziellen Grundlage für die von der Pariser Konferenz neu geschaffenen europäischen Staaten. 3. Entschiedene interalliierte Maßnahmen zur Stabilisierung des Wechselkurses. 4. Wichtige Ratschläge über den Ausbau der Wasserstraßen. Die Korrespondenten fügen hinzu, daß dieser Auszug nur ein mattes Bild des großzügigen Werkes darstelle, das von den finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen der Londoner Konferenz entworfen worden und bestimmt ist, den unmittelbaren Abbau der Preise und eine neue Entwicklung des industriellen und wirtschaftlichen Lebens in Europa hervorzurufen.

Der Kanzler über die Valutafrage.

Reichskanzler Bauer äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber eingehend über die wirtschaftliche Lage. Er sagte u. a.: „Die Valutamisere ist von ähnlich verheerender Wirkung wie die fünfjährige Blockade. Der Tiefstand der mitteleuropäischen Valuten wirkt wie eine Saugpumpe, die den Rest des Wohlstandes unserer Völker fast automatisch in die Länder der Sieger hinüberzieht. Das ist aber nur ein vorübergehender Vorteil für die Sieger, dem der schwere Nachteil, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllen kann, auf dem Fuße folgt. Das allgemeine Valutaelend Deutschlands und der Länder der früheren Donaumonarchie muß diese zu neuem wirtschaftlichen Zusammenschluß zwingen. Sie werden zu einer Art Valutaelendsgemeinschaft gedrängt sein. Es ist zu hoffen, daß eine internationale Valutakonferenz versuchen wird, auf dem internationalen Währungsmarkt das Gleichgewicht herzustellen, ohne das eine wirtschaftliche und politische Beruhigung in Europa nicht möglich ist.“

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 6 März

Räterepublik in Portugal.

Paris. Nach Meldungen von Reisenden, die im Automobil über die portugiesische Grenze gekommen sind, ist infolge des Streiks der Eisenbahner, Post- und Telegraphenangestellten jeder Verkehr zwischen Spanien und Portugal abgeschnitten. Die bolschewistische Bewegung habe in Lissabon und Oporto gesiegt und dort sei die Räterepublik ausgerufen worden.

Verschiedene Meldungen.

Wien. Die ungarischen Funktionäre der Sowjetszeit, die Kommunisten Bela Kun und Genossen, werden von Wien nach Rußland abgeschoben werden.

Paris. Wie der „Eclair“ aus London meldet, soll die Ministerkonferenz bestimmt haben, Bessarabien Rumänien ohne Volksabstimmung zuzusprechen.

Paris. In Ägypten ist nach Meldung aus Kairo seit dem 1. März die Präventivzensur wieder eingeführt worden.

Autonomie für Schleswig-Holstein.

Erklärung der preußischen Regierung.

Zwischen der schleswig-holsteinischen Deputation und der preußischen Regierung fand in Berlin eine eingehende Besprechung über die Wünsche der Schleswig-Holsteiner statt. Sie gipfelte in einer namens der Regierung von Minister Heine abgegebenen Erklärung, in der es heißt:

„Die Regierung des neuen Preußen will, daß Schleswig-Holstein wie auch die anderen Landesteile eine möglichst weitgehende Selbständigkeit in provinzialen und Gemeindeangelegenheiten in den Grenzen der Reichsverfassung und der allgemeinen Gesetzgebung erhält. Die Reichsverfassung hat bereits bestimmt, daß die Hälfte der preußischen Vertreter im Reichsrat von den preußischen Provinzen bestellt wird. Der Entwurf der preußischen Verfassung sieht eine Mitwirkung dieser Reichsratsmitglieder aus den Provinzen an besonders wichtigen Akten der preußischen Gesetzgebung vor. Nach den im Ministerium des Innern aufgestellten Entwürfen für die neue Selbstverwaltung (Städteordnung, Landgemeindeordnung, Provinzialordnung) soll überall das Selbstbestimmungsrecht der kommunalen Körperschaften befestigt und erweitert werden. Den Städten soll die Wahl zwischen verschiedenen Formen der Gemeindeverfassung freigestellt werden. Die Erhaltung der dem Grundgedanken der Demokratie und der Reichsverfassung entsprechenden Schleswig-Holsteinischen Sonderrechte soll dabei ausdrücklich gewährleistet werden. Niemand denkt daran, einer schematischen Gleichmacherei wegen, höhere Kulturformen und individuelle Stammesgewohnheiten zu vernichten. Schon durch die Reichsverfassung ist es gesichert, daß die Amtssprache in gemischtsprachigen Gebieten nach den Bedürfnissen der Minderheit bestimmt wird, was selbstverständlich nicht ohne Zustimmung des Volkswillens in einem Landesteil durchgeführt werden kann. Der Geist der Selbstverwaltung fordert auch, daß auf die Besetzung wichtiger Ämter die Bevölkerung der Provinz Einfluß haben soll. In diesem Sinne werden auch die Kreis- und die Provinzialordnung und die allgemeine Landesverwaltung aufgebaut werden. Das neue Preußen kennt keine Unterdrückung irgendwelchen Volkstums. Auf Freiheit und Vertrauen wird der Staat aufgebaut sein.“

Zur Konfirmation

empfehle

Herren-Kragen, Manschetten
Lätze, Krawatten, Manschettenknöpfe, Krawattennadeln,
Dauer- und Papier-Wäsche.

Taschentücher, Wäsche, Unterröcke, Korsetts, Leibchen, Untertaillen, Handschuhe, Strümpfe, Haarschmuck, Haarschleifen, Broschen, Halsketten.

Hermann Junge, Warmbrunn,
Schlossplatz 9.

Erzberger gegen Helfferich.

(24. Tag.) § Berlin, 5. März.

Der wochenlange Kampf im Gerichtssaale, der sich unter angespanntester Aufmerksamkeit des ganzen Volkes zwischen zwei Reichsfinanzministern abwickelte, dem ehemaligen der Kriegszeit und dem jetzigen der Republik, nähert sich dem Ende. Wohin die Palme des Sieges fällt, scheint schon entschieden zu sein nach den Äußerungen der berufenen Vertreter des öffentlichen Rechtes, der beiden Staatsanwälte. Noch aber tritt die Partei des Nebenklägers, des vielumstrittenen Herrn Erzberger, nochmals auf den Plan. Heute reden seine beiden Rechtsbeistände, Herr Geh. Justizrat v. Gordon und Rechtsanwalt Dr. Friedländer. Montag sollen die beiden Gegner, Erzberger und Helfferich, in eigener Person sich nochmals auf Hieb und Stich im letzten Wort gegenübertreten. Mittwoch erwartet man das Urteil des Gerichtshofes in diesem bedeutendsten Prozeßverfahren seit der Umwälzung, soweit die innere politische Lage in Betracht kommt.

Geh. Justizrat v. Gordon

wendet sich zunächst gegen den Anwalt Helfferichs. Er habe sich als Verteidiger des Angeklagten Helfferich in die Toga des Richters gehüllt, aber er habe weislich verschwiegen, daß die Sünden, die der Nebenkläger beging, ein Erbteil aus jener Periode der Kriegszeit ist, in der Staatssekretär Helfferich an der Spitze der Leitung des Wirtschaftslebens stand. Gewiß sei uns aus dem Kriege eine Korruption erwachsen, aber wenn das schon ein Gipfelpunkt dieser Korruption darstelle, daß ein Abgeordneter einen Aufsichtsratsposten annehme, so wäre unser Vaterland glücklich zu preisen. Der Redner geht dann auf die einzelnen Punkte ein, auf den Fall Thyssen zunächst und sagt dabei, im alten Reichstag habe es genug Abgeordnete verschiedener Parteien gegeben, die mehrere Aufsichtsratsstellen bekleidet haben. Er nennt die Namen Bassermann, Paasche und Stresemann. Es sei also nichts Neues, was hier vorgebracht würde. Herr v. Gordon ist der Ansicht, daß, wenn die Grundsätze, die hier von der Gegenseite entwickelt worden wären, auf die Praxis angewendet werden, kein Parlament in der ganzen Welt bestehen würde, das gegen diese Grundsätze nicht verstößt. Er schildert dann eingehend die Tätigkeit Erzbergers für den Thyssen-Konzern und kommt zu dem Schluß, daß das Eintreten Erzbergers für Thyssen „tiptop“ gewesen sei. Nachdem Justizrat v. Gordon noch die anderen Fälle erörtert, manche geradezu für Nichtigkeiten und Klatschereien erklärt hat, sagt er, jedenfalls sei darin nichts für Erzberger Belastendes zu entdecken. Sodann geht er zum

Angriff gegen Herrn Helfferich

und sagt, er habe dasselbe Gefühl, wie er es im Krupp-Prozeß an dieser Stelle hatte. Damals warf sich Liebknecht in die Toga des entrüsteten Anklägers. Hinterher hat uns das ganze Ausland ausgelacht, daß wir uns mit dergleichen Kleinigkeiten beschäftigen. Heute lacht uns das Ausland ebenfalls aus, weil wir in dieser trüben Zeit mit solchen unrichtigen und unbegründeten Beschuldigungen gegen einen Reichsminister vortreten und diese Beschuldigungen des breiteren erörtern. Das ganze Vermögen Erzbergers beläuft sich noch nicht einmal auf 200 000 Mark, die Millionen, von denen die Rede war, seien ein Märchen gewesen. Das habe der Diebstahl der Steuerakten erwiesen. Herr Erzberger ist mit durchaus reinen Händen aus der Tätigkeit herausgegangen, die er für den Staat entfaltet hat. Hätte dieser Mann mit seinen Fähigkeiten sich auf das Erwerbsleben geworfen, er wäre heute wahrscheinlich ein Millionär, als Parlamentarier ist er nichts geworden. In Bezug auf den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit habe Herr Erzberger es ihm nicht so leicht gemacht, ihn zu verteidigen, das müsse er aussprechen. Aber ein Parlamentarier, der wie Erzberger seit seinem 28. Jahr im Parlament sitze, werde seine Worte nie so auf die Goldwage legen wie ein Kaufmann oder der Jurist, der Richter. Es handele sich da vielleicht um eine gewisse Schwäche, nie aber um eine bewußte Unwahrheit. Damit schließt Herr v. Gordon.

Rechtsanwalt Friedländer,

der zweite Rechtsbeistand Erzbergers kommt dann zu Wort. Der Redner begann seine Ausführungen mit der Erklärung, daß Erzberger zweifellos schwere Fehler begangen habe, die er büßen muß und auch schon gebüßt habe. Das habe aber damit nichts zu tun, daß er beanspruchen dürfe, hier eine gerechte Würdigung zu erhalten. Helfferich mußte damit kraft seiner Natur über Erzberger siegen. Aber im ganzen müsse er als Anwalt doch sagen, den großen Zug habe er vermißt. Und es sei ihm etwas kleinlich vorgekommen, wenn ein Millionär über Herrn Erzberger, der streng kritisch genommen doch ein Emporkömmling sei, so stark zu Gericht sitze. Erzberger sollte nach Presseberichten und anderen Mitteilungen eine Art Kolossalstatue des Mammons darstellen. Davon sei doch hier wirklich nichts erwiesen worden. Auf politischem Gebiete habe sich Erzberger unvergängliche Verdienste erworben.

Deutsche Nationalversammlung.

(149. Sitzung.) CB. **Berlin**, 5. März.

Das stärker als sonst besuchte Haus erledigte heute zu erst, dem Herkommen entsprechend, wieder eine größere Anzahl kurzer Anfragen. Abg. **Kunert** (U. Soz.) fragte an ob die Regierung ohne diplomatische Hinterhältigkeit gute

politische Beziehungen zu Rußland

anknüpfen wolle. Darauf erwiderte der Minister des Auswärtigen, **Müller**: Der ehrenwerte Abgeordnete fragt die Regierung, ob sie ohne diplomatische Hinterhältigkeit gute politische Beziehungen zu Rußland anknüpfen wolle. Die Regierung lehnt es ab, auf eine solche, in einem solchen Ton gestellte Anfrage Antwort zu geben. Darauf erwiderte der Abg. **Kunert**: Die Regierung ist verpflichtet, Rede und Antwort zu stehen. Das geschah aber nicht.

Eine weitere Anfrage **Kunerts** knüpfte an die Behauptung an, daß noch große Teile der **Baltikumtruppen** unter Waffen ständen. Darauf lautete die Entgegnung, die Behauptung sei unzutreffend. Die Entlassung gehe planmäßig von statten und werde nächstens beendet sein.

Auf eine dritte Anfrage **Kunerts** über Vorgänge auf einer Pazifistenversammlung in Berlin wurde wieder die Antwort abgelehnt.

Abg. **Lawerenz** (deutschnat.) brachte Klagen der Kolonialdeutschen betr. der Gewährung von Beihilfen für Kriegsschäden vor. Darauf wurde erwidert, daß die Beihilfen mit möglichster Beschleunigung ausgezahlt werden sollen.

Abg. **Siehr** (Dem.) verwies auf die schlechten **Verkehrsverhältnisse zwischen Ostpreußen und dem Reiche**. Darauf wurde erklärt: In Warschau finden Verhandlungen mit der polnischen Regierung statt. Die polnische Regierung hat zugestanden, den Personenverkehr bis Schneidemühl und Dt.-Eylau nun zu eröffnen. Zur Visierung der Pässe wird ein polnischer Offizier nach Königsberg gesandt werden. Später soll dort ein polnisches Konsulat errichtet werden. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß alle diese Verkehrserschwerungen mit dem Friedensvertrag **nicht** vereinbar sind. — In dritter Lesung begann nun wieder die

Weiterberatung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen.

Abg. Dr. **Düringer** (Deutschnat. Vp.) erklärte namens seiner Partei: Wir lehnen das Gesetz ab. Das Gefühl tiefer Trauer und tiefen Schmerzes erfüllt uns. Wenn das Nachgeben der Entente ein Erfolg ist, so verdanken wir ihn nicht der Regierung, sondern der unerschütterlichen Festigkeit des Volkes. (Beifall rechts, Lachen bei der Mehrheit.) Das Ansehen unserer Justiz geben wir durch den vorliegenden Entwurf preis und zwar ganz unnötigerweise. Wie steht es denn mit den in der Macht der Entente befindlichen sogenannten Kriegsverbrechern? Aber da tut die Nationalversammlung nichts, denn sie ist nur nach der Parteipolitik orientiert. (Lebhafte Zustimmung rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Das beweist Ihre Rede.")

Reichsjustizminister **Schiffer** erwiderte dem Vorredner: Es ist gar nicht festzustellen, wer mit den in der Liste aufgestellten Namen gemeint ist. Um diese Frage zu klären, hat der Oberreichsanwalt einen Aufruf erlassen. (Abg. v. **Gräfe** (Deutschnat.) ruft hier dazwischen: „Diese Zumutung ist unglaublich!") Der Reichsjustizminister erwiderte hierauf: „Es ist unerhört, daß der Abg. v. Gräfe zur Nichtbefolgung des Aufrufes rät." Abg. v. **Gräfe**: „Ich verbitte mir das". „Sie haben sich gar nichts zu verbitten", erklärte der Reichsjustizminister, worauf Präsident **Fehrenbach** dringend um das Unterlassen derartiger Zwischenrufe ersuchte.

In unser aller wohlverstandenem eigenen Interesse, fuhr der **Reichsjustizminister** fort, und es entspricht auch unserer eigenen Ehre, wie Herr v. Gräfe sagt, liegt es, daß möglichst bald ein Spruch des Reichsgerichts herbeigeführt wird. Es ist ohne Zweifel ein Fortschritt, daß wir jetzt in dieser Angelegenheit auf den Boden des Rechts gelangt sind. Im übrigen bewundere ich den Mut des Abg. Dr. **Düringer**, uns zu unterschieben, daß wir bei dieser Sachlage nach parteipolitischen Grundsätzen handeln.

Eine deutsche Gegenliste gefordert.

Abg. Dr. **Kahl** (Deutsche Vp.) erklärte im Namen seiner Fraktion, daß sie sich nur mit äußerstem Widerstreben den politischen und vaterländischen Notwendigkeiten füge. Wir halten uns aber die Lage gegenwärtig, die unvermeidlich eintreten muß, wenn nunmehr nicht im Inlande eine Aburteilung der Kriegsverbrecher zustande käme. Ich frage die Regierung, wie es mit der Gegenliste steht. Die deutsche Note vom 25. Januar geht weiter über das hinaus, dem wir hätten zustimmen können. Soll auf die Note vom 5. und 13. Februar nicht noch eine „deutsche" Antwort gegeben werden, wie es diese Noten verdienen? Wir brauchen vor dem Auslande nicht auf dem Bauche zu liegen. (Lebhafter Beifall rechts.) Nunmehr nahm

der Minister des Äußeren,

Müller, das Wort. Selbstverständlich wird die Regierung auf die Noten vom 5. und 13. Februar eine Antwort geben. (Zuruf rechts „Auch eine **deutsche**?") Wir werden uns jedenfalls verwahren gegen alle Zumutungen. Jedenfalls kann davon nicht die Rede sein, daß wir vor dem Auslande auf dem Bauche liegen. Jedenfalls gibt auch keinerlei Bestimmung des Friedensvertrages den Alliierten das Recht, im besetzten Gebiet Leute aufzugreifen und vor Gericht zu stellen. Weiter erklärte der Minister, es sei nicht das Verdienst der Presse der Schwerindustrie, wenn das Auslieferungsbegehren auf die Bahn des Rechtes gebracht worden sei, sondern man habe das dem Umstande zuzuschreiben, daß das ganze deutsche Volk, bis in die Reihen der Unabhängigen und Kommunisten hinein, einmütig zusammengehalten habe. Der Minister bestritt, daß die Note vom 25. Januar zu weit gegangen sei und kam dann auf die Gegenliste zu sprechen. Was diese Gegenliste anlange, so liege darüber bereits Material vor in den amtlichen Denkschriften hinsichtlich der

Behandlung der Kriegsgefangenen

in Frankreich und England. Im übrigen könne man feststellen, daß heute die allgemeine Überzeugung vorhanden ist, daß Schweinereien und Verbrechen überall verübt worden seien, und daß die Ansicht sich als falsch erwiesen habe, „der Krieg sei ein Stahlbad oder ein Jungbrunnen." Es ist nicht wahr, daß die deutsche Regierung im Falle ihres Sieges ein ähnliches Auslieferungsbegehren gestellt hätte. Das beweist der Frieden von Brest-Litowsk, in dem die Auslieferung nicht eines einzigen russischen Kriegsverbrechers verlangt wurde, die an der Verwüstung Ostpreußens schuld waren. Die Forderung nach der Aufstellung einer Gegenliste wird hauptsächlich verlangt aus verletztem Rechtsempfinden. Niemand glaubt aber, daß die Liste die Entente zu einer Verfolgung der alliierten Kriegsverbrecher veranlassen würde. Da die alliierten Regierungen mit ihrer Liste keine Propaganda in den neutralen Ländern getrieben haben, liegt auch für uns kein Grund zur Propaganda zu einer Gegenliste vor, denn in den neutralen Ländern ist man dieser Haßpropaganda überdrüssig. Für

die Nichtherausgabe dieser Gegenliste

sind politische Gesichtspunkte maßgebend. **Die Koalition unserer Gegner** hält noch zusammen, und die Regierung hat die feste Überzeugung, daß die Herausgabe einer Gegenliste die Koalition noch fester zusammenschmieden würde, als jetzt. **Darum lehnt es die Regierung zurzeit ab, die Gegenliste herauszugeben.** Sie wird sich den Zeitpunkt vorbehalten, den sie dafür für geeignet hält. (Beifall bei der Mehrheit.)

Nachdem die Abgg. Katzenstein (Soz.) und Falk (Dem.) für die Vorlage eingetreten waren, und nach einigen weiteren Bemerkungen des Abg. Dr. Kahl (Deutsche Vp.) und des Ministers des Auswärtigen wurde der Gesetzentwurf angenommen. Dagegen stimmten nur die Deutschnationalen.

Hierauf trat das Haus in die Einzelberatung des Landessteuergesetzes ein.

Eine lange Auseinandersetzung entspann sich bei dem wichtigen § 2, der den Übergang der Steuerhoheit auf das Reich vorsieht. Darüber hinaus kam man heute nicht.

Im Valutazug.

auf der Fahrt von Paris nach Warschau.

Eine Fahrt im Eilzug Paris—Warschau, der durch die verschiedenen Länder mit ihren jetzt so kunterbunten und so verschieden bewerteten Währungen führt, schildert in amüsanter Weise ein Mitarbeiter der Londoner „Daily Mail".

Es ist in diesem Eilzug, den der Engländer „Valutazug" nennt, von nichts anderem die Rede als von neuen Spekulationsmöglichkeiten, und man kann auf dieser Reise die merkwürdigste „Umwertung aller Werte" erleben. Wechselgeschäfte der verfänglichsten Art, der tiefe Sturz oder die „Erholung" der Mark, der Krone, der Lira, des Frank und auch des englischen Pfunds, das in den durchfahrenen Ländern eigentlich nichts zu suchen hat, bilden in dem „Ententeexpreß" das einzige, schier unerschöpfliche Gesprächsthema. „Wenn in der Kälte dieser Februarnächte", so schreibt der Berichterstatter, „die Worte auf den Lippen der Reisenden plötzlich festfrieren würden, so würden sie im Frühling in einem Sturzbach von „Millionen" wieder auftauen, denn unter einer Million geht es hier nicht. Während der englische Schilling in der Schweiz immerhin noch etwa drei Viertel seines Wertes hat und der französische Frank „nur" auf die Hälfte seines Wertes gesunken ist, ist die österreichische Krone fast gar nichts mehr wert. Wer 1000 englische Pfund sein eigen nennt, wird in österreichischer Währung Millionär.

In den langen Stunden, die man im Zuge verbringen muß, machen alle ohne Ausnahme und ohne Unterbrechung (mancher vielleicht sogar im Traum der Nacht) Valutageschäfte und wechseln Dollars oder Pfunde oder spanische Pesetas in Tausende oder Millionen von polnischer Mark oder österreichischen Kronen. Aber man muß ein sehr fixer Rechner sein, um mit diesen taschenspielerischen Wechselkunststücken mitkommen zu können. Man wechselt zum Beispiel eine Zahlungsanweisung auf London in Schweizer Franken und bezahlt dann die Schlafwagenkarte mit französischen Franken, oder man kauft eine Postkarte mit Marke für ein silbernes Schweizer 50-Rappen-Stück, für das man in österreichischer Währung 24 Kronen 80 Heller erhalten könnte. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob mein Silber auf französischem oder auf schweizerischem Boden umgerechnet wird. Für ein silbernes französisches Fünffrankstück bekomme ich in Paris nur lumpige fünf Papierfrank, die nach englischer Rechnung weniger als 2½ Schilling wert sind. Bin ich aber in der Schweiz, so ist mein silbernes französisches Fünffrankstück fünf Schweizer Papierfrank wert, das heißt volle zehn Frank oder fünf Schilling. Not macht erfinderisch, auch Valutanot. Es ist daher kein Wunder, daß man die merkwürdigsten Kniffe erdenkt und die seltsamsten Transaktionen ersinnt, um aus diesem beständigen „Papierchenverwechseln" den größtmöglichen Vorteil zu ziehen.

Der „Valutazug" ist ein Sammelort, an oder in dem die gewiegtesten Kenner dieses aufregenden Geldmarktes sich gegenseitig ihre Erfahrungen mitteilen und neue Pläne schmieden. Besonders viel läßt sich auf postalischem Gebiete „machen", und es ist oft ganz neckisch, zu sehen, was dabei herauskommt. Der Brief, dem man vom Schweizer Engadin nach London schreibt, kostet drei Pence; schreibt man aber von Tirol aus, so kostet die Briefmarke beinahe weniger als nichts. Nicht anders ist es beim Telegraphieren. Ein Wiener leistete sich kürzlich folgenden Trick: Er gab an einen Herrn, der mit ihm im Einverständnis stand, eine belanglose Depesche nach Holland mit bezahlter Rückantwort von 500 Worten auf. Der andere verkaufte dann diese Rückantwortanweisung an holländische Kaufleute, die nach Wien telegraphieren mußten, mit einem Gewinn von 5000 %! So wird's gemacht!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Zurückziehung der Aufwandsteuer.** In der letzten Sitzung des Reichsrates wurde auf Grund des Berichtes der Ausschüsse das neue Besitzsteuergesetz angenommen, das an Stelle des sogenannten Ergänzungssteuergesetzes getreten ist. Da dieses Ergänzungssteuergesetz lebhaftem Widerstand im Reichsrat begegnete, hat der Finanzminister erklären lassen, daß er die Aufwandsbesteuerung nicht weiter verfolgen wolle, sondern sich mit einer Besteuerung des Vermögenszuwachses begnüge. Eine solche soll nunmehr erfolgen im Anschluß an das frühere Besitzsteuergesetz vom 4. Juli 1913. Auch nach dem neuen Gesetz soll alle drei Jahre eine Veranlagung des Vermögenszuwachses erfolgen. Zum erstenmal soll die Veranlagung erfolgen nach dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1922. Von der neuen Besitzsteuer bleiben Erbschaften frei, weil sie bereits durch das neue Reichserbschaftssteuergesetz sehr hoch getroffen werden. Befreit bleiben auch alle Vermögensvermehrungen, die bereits durch die Kriegssteuergesetze getroffen worden sind.

✚ **Staffelung der Besitzsteuer.** Der Tarif des alten Besitzsteuergesetzes, der zwischen 0,75 und 2,50 % schwankte, ist vom Reichsrat auf 1 bis 10 % erhöht worden. Er ist noch gemildert durch eine allgemeine Durchstaffelung. Ein Vermögenszuwachs bis 5000 Mark bleibt steuerfrei. Ebenso werden sämtliche Vermögen unter 20 000 Mark nicht besteuert.

✚ **Der bayerische Kronprinz und die Auslieferung.** Der vormalige bayerische Kronprinz hat an die auf der Liste stehenden Heerführer eine Zuschrift gerichtet, in der es heißt: „Wenn ich mich am 9. Dezember 1919 erboten habe, mich den früheren Feinden freiwillig zu stellen, geschah es nicht in Anerkennung eines den alliierten Mächten zustehenden Rechtes, sondern in der Absicht, meinerseits alles zu tun, um die Heimkehr unserer gefangenen Kameraden nicht zu verzögern. Das Anerbieten ist damals nicht angenommen und nun gegenstandslos geworden. In dem Verlangen, daß ein deutsches Gericht Angehörige des eigenen Volkes unter fremder Aufsicht abzuurteilen hätte, liegt eine Mißachtung der Würde der deutschen Gerichte und des deutschen Volkes. Gewiß liegt es im Interesse aller Angeschuldigten, sich von den Vorwürfen zu reinigen, die gegen sie erhoben werden. Ebenso liegt es im Interesse der Ehre unseres Heeres und des Ansehens unseres Volkes, daß während des Krieges begangene gemeine Vergehen oder Verbrechen, die bisher noch nicht an das Tageslicht gekommen sind und deshalb nicht geahndet werden konnten, in vollster Öffentlichkeit von heimischen Richtern abgeurteilt werden. Es gilt aber das gleiche für alle Völker."

✚ **Neueinteilung der Marine.** Bei den Stationskommandos der Ostsee und der Nordsee ist je ein Geschwaderverband unter dem Befehlshaber der Seestreitkräfte der Ostsee bez. der Nordsee, ferner eine **Ostsee-Torpedobootsflottille** und eine **Nordsee-Torpedobootsflottille** mit je zwei Torpedobootshalbflottillen gebildet worden. Die Minensuchverbände sind den Befehlshabern der Seestreitkräfte unterstellt worden. Jedem Geschwaderchef ist ein weiter Zweiter Admiral beigegeben.

✚ **Die Probeaburteilung.** Der Ausschuß der Entente, der das auf die angeblichen deutschen Kriegsschuldigen bezügliche Anklagematerial zu sammeln hat, hat nunmehr seine erste Liste fertiggestellt, die, wie bekannt, als Prüfstein für die Ehrlichkeit der Deutschen gelten soll. Die Liste, die etwa 40 Namen enthält, unterliegt gegenwärtig der Zustimmung der Ministerpräsidenten der beteiligten Länder.

✚ **Erhöhung der Abgeordnetendiäten.** Zwischen den Mehrheitsparteien der Landesversammlung und der Nationalversammlung schweben zurzeit Erwägungen über eine Erhöhung der Entschädigungsgelder für die Abgeordneten. Die Mitglieder der Nationalversammlung sowohl wie der Preußischen Landesversammlung beziehen gegenwärtig ein Monatsfixum von 1000 Mark, im voraus zahlbar. Für jeden Tag der Abwesenheit werden 30 Mark von der nächsten Fälligkeit in Abzug gebracht. Es ist nun beabsichtigt, die Entschädigungsgelder auf monatlich 1500 Mark zu erhöhen. Die Erwägungen sind noch nicht abgeschlossen.

✚ **Konferenz über die Notlage der Presse.** Wie mitgeteilt wird, ist auf Einladung des Reichskanzlers am Freitag, den 5. d. Mts., eine Konferenz der Vertreter der Länder einberufen, in der über die Notlage der Presse beraten und Beschluß gefaßt werden soll.

✚ **Deutschland und der Völkerbund.** Der Reichsminister des Auswärtigen, Müller, erklärte einem Pressevertreter, die deutsche Regierung stehe nach wie vor unerschütterlich auf dem Standpunkt des Völkerbundes; selbstverständlich dürfe aber der Völkerbund nicht ein Instrument zur dauernden Niederhaltung Deutschlands werden. Die deutsche Regierung würde natürlich nur einer Aufnahme als vollkommen gleichberechtigtes Mitglied näher treten. Er sei überzeugt, daß die auf den internationalen Beziehungen heute noch lastende Atmosphäre des Hasses und Mißtrauens behoben werden würde, und daß die Bestimmungen der Artikel 11 und 19 der Völkerbundakte zu einer Revision jener Artikel des Friedensvertrages, die unerfüllbar seien, führen würden. Es fehle schon heute nicht an erfreulichen Anzeichen einer solchen Sinnesänderung in einigen Ententestaaten.

✚ **Revision des Friedensvertrages.** Aus Rom kommt die Meldung, daß Nittis Londoner Bemühungen für eine politische und wirtschaftliche Revision des Versailler Vertrages erfolgreich waren. Die Verbündeten hätten seinem Revisionsprogramm grundsätzlich zugestimmt.

✚ **Noske über die Reichswehr.** In der letzten Reichsratssitzung wandte sich der Reichswehrminister gegen die Bestimmung, daß Baden und Hessen das militärische Begnadigungsrecht vorbehalten bleiben solle und hob hervor, daß es heute nicht mehr möglich sein würde und auch gar nicht nützlich für den Geist des Heeres, Truppen für längere Zeit an demselben Ort stationiert zu lassen. Wenn etwa eine Truppe 12 Jahre lang an einem und demselben Ort bliebe, so würde das nach kurzer Zeit zu einer solchen Versippung und Verschwägerung der Truppe mit der Bevölkerung führen, daß nach seiner Überzeugung in wenigen Jahren dieses Instrument das Geld nicht mehr wert wäre, das dafür bezahlt würde. Es müsse darauf Wert gelegt werden, daß die Truppe, wenn sie auch gering an Zahl sei, ein Höchstmaß von Elastizität und von Stoßkraft besitze. Wir hätten jetzt eine einheitliche Reichstruppe, und es würde oft dahin kommen, daß ein süddeutscher Soldat nach Ostpreußen, ein Münchener nach Hamburg, ein Hamburger nach München usw. geschickt würde. Wenn nun beispielsweise ein preußisches Gericht geurteilt hätte und das Begnadigungsrecht dann nach Baden verlegt werden sollte, so halte er das für eine glatte Unmöglichkeit.

Frankreich.

× **Wehrlosmachung der Türkei.** Marschall Foch hat dem Obersten Rat vorgeschlagen, daß ein Gebiet der Türkei militärisch zu besetzen sei, das auf der einen Seite durch den Bosporus, auf der anderen durch das Marmara-Meer und die Dardanellen begrenzt ist. Außerdem verwehren diese Vorschläge der Türkei, ein Heer zu unterhalten, so daß sie keinen neuen Akt des Verrates begehen können. Diese Vorschläge des Marschalls Foch wurden nicht alle vom Obersten Rat angenommen, er wurde aber aufgefordert, sich als Sachverständiger zu einzelnen Fragen zu äußern.

Großbritannien.

× **Inseln statt Geld.** Einem Bericht der „Times" aus Newyork zufolge wird dort viel von der Möglichkeit gesprochen, daß England seine Schulden an Amerika durch Abtretung der westindischen Inseln bezahlen könnte. Der Finanzsekretär Mc. Adoo halte dies für eine glückliche Lösung. Amerika würde 200 Millionen Pfund Sterling für einige dieser Inseln bezahlen.

Belgien.

× **Der neue Kolonialbesitz.** Die „Times" melden zur Grenzregulierung zwischen England und Belgien im vormaligen **Deutsch-Ostafrika**, Belgiens Anteil an dieser früheren deutschen Kolonie sei erheblich. Belgien gewinne etwa 18000 Quadratmeilen wertvollen Landes. Es besitze jetzt in Afrika über eine Million Quadratmeilen Land.

Aus In- und Ausland.

Amsterdam. Englische Blätter veröffentlichen eine Reutermeldung aus Moskau, nach welcher an der nördlichen Kaukasusfront ein Armeekorps **Denikins** vollständig **vernichtet** wurde. Denikin sei auf der Kuban-Halbinsel in eine „Mausefalle" geraten.

Amsterdam. Laut „Algemeen Handelsblad" wird der **Staatshaushalt von Indien** anstatt des planmäßigen Überschusses einen Fehlbetrag von 14300000 Pfund Sterling infolge des afghanischen Krieges und der Grenzkämpfe ergeben.

Brüssel. Die **Kammer** hat mit 120 gegen 37 Stimmen den ersten Artikel eines Gesetzentwurfes angenommen, welcher allen belgischen Bürgern ohne Unterschied des Geschlechts das Wahlrecht für die Gemeindewahlen verleiht.

Washington. Präsident **Wilson** hat zum erstenmal seit seiner Erkrankung eine mehrstündige Spazierfahrt im Kraftwagen in der Umgegend von Washington gemacht.

Washington. Das Schiffahrtsamt hob alle amtlich festgesetzten **Frachttarife** auf. Es überläßt von jetzt ab den Unternehmern die Festsetzung der Frachtsätze für ihre Schiffe.

Amsterdam. „Times" meldet, daß die Sowjetregierung beschlossen hat, zwecks Förderung des russischen Bergbaues die **Sozialisierung der Bergwerke** aufzuheben.

Paris. Nach Meldungen aus Bukarest hat **Kronprinz Karol** von Rumänien eingewilligt, sich von seiner Frau zu trennen. Er hat eine Reise nach dem Orient angetreten und wird als Kronprinz demnächst wieder anerkannt werden.

London. Nach einer Reutermeldung aus Konstantinopel ist das **Kabinett** zurückgetreten; der Sultan hat den Marschall Izzet-Pascha berufen.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 5. März.

Sonnenaufgang	6^{49}	Mondaufgang	6^{19}
Sonnenuntergang	5^{44}	Monduntergang	6^{21}

1815 Franz Anton Mesmer, Begründer der Lehre vom tierischen Magnetismus, gest. — 1827 Italienischer Physiker Graf Volta gest. — 1893 Französischer Geschichtsforscher, Philosoph und Kritiker Hippolyte Taine gest.

□ **Paßbestimmungen für das ostpreußische Abstimmungsgebiet.** Nach einer Verordnung der Interalliierten Kommission für das Abstimmungsgebiet in Ostpreußen dürfen Personen über fünfzehn Jahre und beurlaubte Militärpersonen das Abstimmungsgebiet Allenstein einschließlich des Kreises Oletzko nur mit einem von ihrer Landesbehörde ausgestellten Personalausweis betreten oder verlassen. Der Einreisesichtvermerk kann erteilt werden: 1. Von der Interalliierten Kommission in Allenstein selbst, 2. von den Kontroll-Offizieren bei den Landräten, 3. von den Interalliierten Kommissionen in Danzig, Königsberg, Memel oder Marienwerder und 4. von einer britischen Auslandsvertretung. Für die Durchreise gelten dieselben Bestimmungen wie für die Einreise. Für die Aus- und Rückreise aus dem Abstimmungsgebiet ist ein von der Landesbehörde ausgestellter Personalausweis mit Lichtbild erforderlich. Dauersichtvermerk für die Ein- und Ausreise können bei der Interalliierten Kommission in Allenstein beantragt werden, falls ein Bedürfnis für einen solchen Sichtvermerk von der Heimatbehörde bescheinigt wird. Für Beamte der Eisenbahn, Post usw., die durch ihre berufliche Tätigkeit zu häufigerer Grenzüberschreitung gezwungen sind, genügt ein Ausweis ihrer vorgesetzten Dienststelle. Für die Erteilung des Sichtvermerks wird eine Gebühr von einer Mark erhoben.

□ **Die vierte Reihe der neuen Reichsbanknote,** die in diesen Tagen in den Verkehr gebracht wird, unterscheidet sich wesentlich von den bisherigen Ausgaben. Die Banknoten tragen links oben die Reihenbezeichnung „Reihe 4". Abweichend von den Reihen 2 und 3 fehlt hinter der Tausendernangabe der Numerierung das Komma, während die Abkürzung für das Wort Nummer nicht wie bei der Reihe 1 durch No., sondern durch die Abkürzung Nr. erfolgt.

Warmbrunn.

* **Gemeindevertretersitzung,** am Freitag nachmittag 6 Uhr. Herr Gemeindevorsteher Neugebauer begrüßte die vollzählig Erschienen und teilte mit, daß zur Tagesordnung noch einige Dringlichkeitsanträge hinzugekommen seien, die er am Schluß zu verhandeln vorschlug. Dann wurde in Punkt 1 der Tagesordnung eingetreten, „Erhöhung der Beiträge für den Bürgerverein". Diese Erhöhung war in der Absicht von der Gemeinde erbeten worden, die Tätigkeit des Vereins noch weiter auszubauen (Schrebergärten, Propaganda für Warmbrunn als Badeort usw.) Herr Direktor Hüllweck äußerte sich eingehend über das der Versammlung vorgelegte Gesuch. Herr Gemeindevertreter Köhler erklärte sich gegen die von den Herren Neugebauer und Hüllweck befürwortete Erhöhung des Beitrages, die den ohnehin schlechten Gemeindefinanzen zur Last fiele. Die Herren Gemeindevorsteher Neugebauer und Direktor Hüllweck hielten dem entgegen, daß der Verein Tätigkeiten entfalte, die an den meisten Orten von der Gemeinde selbst ausgeübt werden. (Lesehalle) Dann entspann sich eine lebhafte Debatte über diese Frage zwischen den Herren San.-Rat Dr. Hoffmann, Lehrer Schönfeld, Buchhändler Leipelt, Bauunternehmer Künzel. Herr Dr. Hoffmann schlug vor, das Lokal des Herrn Baehr, in dem sich die Lesehalle befindet auf Gemeindekosten zu mieten und dem Bürgerverein zur Verfügung zu stellen. Die Miete beträgt 600 Mark. Nach längerer Debatte wurde dieser Vorschlag als Antrag gestellt. Die Abstimmung ergab 10 Stimmen für, 6 Stimmen gegen den Antrag, der damit erfolgreich für den Bürgerverein durchging. Zu Punkt 2 wurde nach kurzer Debatte beschlossen, die Gemeinde mit einem Anteil von 10 000 Mark an der Hirschberger- Bau- und Siedlungsgesellschaft zu beteiligen. Punkt 3: Beitrag für die Grenzspende. (Oberschlesisches Abstimmungsgebiet ꝛc.) Herr Gemeindevorsteher schlug vor 100 Mark zu bewilligen da diese Spende dem Zweck diene, allen außerhalb Oberschlesiens wohnenden Landsleuten die Fahrt zur Abstimmung zu ermöglichen. Warmbrunn habe selbst das größte Interesse daran, daß Oberschlesien deutsch bleibe (Kohlen!). Der Antrag wurde debattelos einstimmig angenommen und 100 Mk. bewilligt. Zu Punkt 4 wurden als Vorstandsmitglieder zu den Schulverbänden gewählt: (evangelisch) die Herren Maurermeister C. Ansorge, Bäckermeister Fellmann, Schlossermeister Keese, Kaufmann Zimpel, Glasschleifer Tschöpe, Postschaffner Pinkert, Präparator Martini, Netzwart Nitzsche; (katholisch) San.-Rat Dr. Hoffmann und Buchhändler Leipelt. Zu Punkt 5 wurde Herr Wiebecke als Kassenführer der Gemeinde Warmbrunn gewählt. Für den Posten des Gegenbuchführers wurde Herr Mäller (vom Gemeindeamt) gewählt. Zu Punkt 6 referierte Herr Gemeindevorsteher Neugebauer über die Haushaltspläne der Verwaltungen: Gemeindegrundeigentum, Gemeindesteuer usw., Gemeinde-Schuldenwesen. Punkt 7. Elektrische Beleuchtung des Wasserwerks. Die dafür erforderlichen Kosten wurden bewilligt. Zu Punkt 8 wurden die Bezüge des von der Gemeinde zu übernehmden Lehrlings Adolph ab 1. April auf 150 Mark monatlich festgesetzt. Als 1. Dringlichkeitsantrag wurde über die Anschaffung von Pferden für die Gemeinde beraten. Das Gemeinde-Auto ist wertlos geworden da für dasselbe durch die Regierung kein Benzol bewilligt wurde. Der Anschaffungspreis für 2 Pferde und 1 Wagen beläuft sich auf 32 000 Mark, die zum Teil aus dem Verkauf des Autos und zum Teil von 20 000 Mark für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Geldes gedeckt werden sollen. Ueber den Kauf wird in der nächsten Sitzung beschlossen werden. Ueber die, durch den Abgang der bisherigen Direktion Frl. Zickler, nötig gewordene Verpachtung des Werkenthin-Lyzeums berichtete Herr Gemeindevorsteher Neugebauer, daß sich Frl. Biederstett, Oberlehrerin am Lyzeum, um die Pachtung beworben habe. Frl. Biederstett wird als Nachfolgerin von Frl. Zickler von letzerer selbst auf Wärmste empfohlen. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über diese Frage, die endgültig in nächster Zeit entschieden werden wird. Frl. Biederstett soll der Antrag gestellt werden, die Pacht der Schule für 1 Jahr zu Bedingungen zu übernehmen, die die Gemeinde ihr stellen wird. Der Antrag auf eine Armen-Unterstützung wird einstimmig befürwortet. Anstelle des Herrn Mühle, der als Angestellter aus dem Fürsorgeausschuß der Erwerbslosen-Unterstützung ausgeschieden ist, wurde Herr Werkmeister Jentsch gewählt. Es wurde festgestellt, daß das Gerücht, wonach die für die Gemeinde zu liefernden Wassermesser um 200% teurer werden sollen, auf glatter Erfindung beruht. Schluß: $9^1/_2$ Uhr.

* **Welt-Panorama Warmbrunn.** Abwechslungsreich und wissenschaftlich sind diese Woche die wunderbaren Aufnahmen im Welt-Panorama Warmbrunn. Es zeigt uns den Vormarsch zur Marne Mai-Juni 1918. Jung wie Alt ist es ratsam sich diese Serie nicht entgehen zu lassen. Das Welt-Panorama ist täglich geöffnet von 3—10 Uhr, für geschlossene Schulbesuche und Vereine auch außer dieser Zeit.

* **Einschränkung des Kohlen- und Lichtverbrauchs.** In einer Rundverfügung des Herrs Ministers des Innern vom 15. Februar d. Js., wird erneut darauf hingewiesen, daß im Interesse der Kohlen- und Lichtersparnis besonderer Nachdruck auf die Einhaltung der Wirtschaftsschluß-Stunde besonders bei Luxusvergnügungsstätten, Nachtlokalen usw. zu legen ist. Auch sollen Verstöße bei der Privat- und Ladenbeleuchtung durch Kontrollen festgestellt und geahndet werden.

Herischdorf.

Der Kleinhandelshöchstpreis für Speisekartoffeln

wird nach Anhörung des Kreis-Ausschusses und nach Besprechung mit den Nachbargemeinden Cunnersdorf und Warmbrunn, auf 30 Pfg. pro Pfund und das Wochenquantum auf 5 Pfund pro Kopf der Versorgungsberechtigten vom 8. März d. Js. ab festgesetzt.

Die bisher vom Kreisausschuß ausgestellten

Kohlen-Landbezugsscheine

(zur Abholung durch Gespann und Lastauto) werden von den Gruben nicht mehr beliefert. Neue Scheine werden vom Kreisausschuß ausgestellt, wenn die Dringlichkeit des Bezuges durch die Gemeindevorsteher bescheinigt wird, unter der Voraussetzung, daß die Kohle auf die Verbrauchsmenge des Beziehers angerechnet wird. Da gegenwärtig die Möglichkeit besteht, Koks durch die hiesige Heimat-Kraftwagenkolonne anzufahren, wird den Interessenten, namentlich den Besitzern von Zentralheizungen empfohlen, ihren Bedarf für den nächsten Winter sich schon jetzt anfahren zu lassen. Die Versorgung mit Koks wird im Laufe des Sommers voraussichtlich größere Schwierigkeiten bereiten.

Wir bitten hiermit alle diejenigen, welche Kohle oder Koks per Auto wünschen, im Zimmer Nr. 2 in der Ortskanzlei bei Herrn Brückner solches zu melden.

Dem Schmiedemeister Ernst Baumert hier ist die

Fleischbeschau u. Trichinenschau

in dem Fleischbeschaubezirk Herischdorf I (Haus Nr. 1—155, 250 und 252) vom 1. März d. Js. ab übertragen worden

Herischdorf, den 5. März 1920.

Der Gemeindevorstand: Feeser.

Welt- und Volkswirtschaft.

Berliner Produktenverkehr. Der Produktenmarkt blieb ruhig. Hafer war stetig und in den Forderungen nicht viel verändert. Käufer sind schlesische Mühlen und Reichsverpflegungsämter. Loko angesichts des sehr schwachen Futterkommens nur immer in kleineren Mengen zu verkaufen. Im Mühlenfabrikatgeschäft hat sich auch nicht viel geändert. Kommunen sind vorsichtig geworden, und auch sonst ist der Begehr nicht so lebhaft wie vorher. Lupinen wieder fest, während für Serade a die Marktlage sich weiter verflaut hat. Heu wie Stroh am Platze, bei ziemlichem Angebot matter, nach dem Westen andauernd fest. — Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 4. März: Hafer für 1000 Kilogramm loko —, auf Abladung 4720—4760 Mark Tendenz fest.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 440—580 Mark, gelbe und grüne Erbsen 380—540 Mark, Bohnen, weiße inländische 400—500 Mark, Peluschken 240—255 Mark, Pferdebohnen 230—260 Mark, Wicken 180—205 Mark, Lupinen 90—120 Mark, Seradelle 121—125 Mark, Wiesenheu, lose, 48—57 Mark, Stroh, drahtgepreßt 34—38 Mark, gebündelt 32—34 Mark, Trockenschnitzel 102—105 Mark, Patent Steffen 118—121 Mark, Rotklee, inländischer, seidefrei 1600—1900 Mark, Buchweizen 275—290 Mark.

* **Hebung der Fleischversorgung.** Der Zentralverband der Fleischer hat eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet. In dieser wird der Nachweis angetreten, daß unsere Fleischversorgung auf eine bessere Grundlage gestellt werden kann, wenn die Erfassung der vorhandenen Viehbestände durchgeführt wird. Unsere Landwirtschaft erzeugt gegenwärtig pro Jahr über 600 000 Tonnen Fleisch ohne dasjenige Quantum, das die Erzeuger als Selbstversorger für sich brauchen. Funktionierte die Erfassung unserer Viehbestände auch nur einigermaßen, dann könnte ohne jede Einfuhr aus dem Auslande allgemein ½ Pfund Fleisch pro Kopf und Woche verteilt werden. Der Mangel in den Städten liege lediglich an dem jämmerlichen Versagen der Erfassung. Um die Erfassung der Viehbestände restlos vornehmen zu können, wird gefordert die genossenschaftliche Organisierung der Erzeuger zu begünstigen. Nach der Aufstellung des Zentralverbandes der Fleischer könnten pro Jahr erfaßt werden: 8 351 982 Schweine, 1 445 291 Schafe, 2 800 000 Kälber, 2 463 575 Rinder. In den Monaten Januar—September 1919 kamen aber nur 577 137 Stück Schweine auf den öffentlichen Schlachthöfen zur Abschlachtung.

* **Der Stand der Mark.** Der Markkurs fiel an der Amsterdamer Börse am Mittwoch um $2^1/_2$ Punkte auf 2,75, auch der Wiener Kronenkurs fiel wieder auf $1{,}07^1/_2$. Für eine Mark erhielt man also ungefähr 5 Pfennig Gegenwert durch 2,75 Cents, für die österreichische Krone entsprechend weniger.

* **Streikgefahr im Buch- und Zeitungsgewerbe.** Der Tarif-Ausschuß der deutschen Buchdrucker hat seit dem 27. Februar in Berlin getagt, um über die Forderung der Gehilfenschaft auf weitere Teuerungszulagen zu beraten. Die Beratungen sind nach fünftägiger Dauer ergebnislos verlaufen. Auch der Spruch des Schlichtungsausschusses des Reichsarbeitsministeriums, den die Gehilfen angerufen hatten, ist als unerfüllbar abgelehnt worden.

* **Der Wucher mit Zündhölzern.** In der „Deutschen Zündwaren-Zeitung" verwahren sich die Fabrikanten gegen den Vorwurf des Wuchers und weisen auf den sogenannten „reellen" Handel hin. Das Blatt schreibt u. a.: Die Stelle, wo das Schiebertum und der Wucher einzusetzen vermag, ist bedauerlicherweise der — „reelle" Handel. Bediente dieser „reelle" Handel seine Kundschaft so, wie der Fabrikant ihn, so könnte es keinen solchen Straßenhandel mit Zündhölzern geben. Aber weil so vielen in diesen Zeitläuften die kaufmännische Berufehre abhanden gekommen ist, so halten sie die Ware der Kundschaft, der sie nur den Höchstpreis abfordern könnten, vor und warten auf den Schieber, der ihnen das Doppelte und Dreifache dafür zahlt, um sie für das Fünf- und Sechsfache dem Straßenhandel zuzuführen. Der Fabrikant ist leider nicht in der Lage, die dunklen Ehrenmänner seiner Kundschaft festzustellen, die diesen Zündholzwucher treiben. Da sich niemand scheut, Zündhölzchen zu Wucherpreisen öffentlich auszubieten, so müßte es ein leichtes sein, von diesem Ende den Knäuel aufzuwickeln. Man fasse nur zu und frage nach dem Lieferanten. Zwischen den geheimen Anbietern von Zündhölzern und Fabrikanten wird sich schon ein Ehrenmann finden, der vor das Wucheramt gehört.

* **Enteignung von Kohlenfeldern durch den braunschweigischen Staat.** Die braunschweigische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der sie zur Enteignung von Kohlenfeldern innerhalb ihres Landgebietes berechtigt.

Nah und Fern.

o **Danzigs Ausverkauf.** In Danzig erwerben die Engländer immer mehr Häuser und Terrains. So kaufte dieser Tage die Londoner Bank „British Trade Corporation" für 4,5 Millionen Mark das Hotel „Danziger Hof" und das ein Kaffeehaus und große Läden enthaltende Passagegebäude für acht Millionen Mark. Bald darauf gingen vier Speicher auf der historischen Danziger Speicherinsel für den Preis von 3,5 Millionen Mark in den Besitz eines englischen Konsortiums über.

o **Kirchenraub.** Einbrecher suchten die Trinitatiskirche zu Zscheila bei Meißen heim und raubten Altarleuchter, Kruzifixe, sämtliche Abendmahlsgeräte, Kelche, Decken, Teppiche und sonstige Altarbekleidungen. Die Einbrecherwerkzeuge, Beile und Äxte, holten sie vorher aus dem Geräteschuppen auf dem Friedhof gestohlen.

o **Dänische Staatsschulen in Nordschleswig.** In der ersten nordschleswigschen Abstimmungszone sollen nach der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark dänische Staatsschulen eingerichtet werden, und zwar je ein Gymnasium in Hadersleben und Sonderburg und je eine Realschule in Apenrade und Tondern.

o **Streikdrohung der städtischen Angestellten Wiens.** Sämtliche städtischen Angestellten haben der Gemeinde Wien ein Ultimatum bis zum 9. d. Mts. gestellt und drohen für den Fall, daß bis zu diesem Termin ihre Forderungen nicht bewilligt sind, mit dem Streik.

o **Bombenatteutat in Zürich.** Gegen das amerikanische Konsulat in Zürich wurde ein Bombenattentat verübt. Eine Bombe, die in die offene Haustür gelegt worden war, richtete bedeutenden Sachschaden an. Personen wurden nicht verletzt. Der Knall wurde in der ganzen Stadt gehört. Man vermutet, daß es sich bei dem Attentat um einen Racheakt handelte.

Auskunftei.

Zentrum oder Zentrumspartei hieß in den Parlamenten ursprünglich jede Partei, die zwischen der Rechten und der Linken eine mittlere Parteistellung einnahm und dies auch äußerlich durch die Wahl der Plätze in der Mitte des Sitzungssaales zu erkennen gab. Die heutige deutsche Zentrumspartei führt ihren Namen offiziell seit den preußischen Landtagswahlen vom November 1870 und den Wahlen zum ersten Deutschen Reichstag vom März 1871. Es hatte sich aber schon 1850 eine Gruppe von katholischen Abgeordneten unter den Brüdern Reichensperger Zentrum genannt.

Dienstentsetzung (Suspension) ist die (oft mit Gehaltskürzung) verbundene vorläufige Außerdienststellung eines Beamten, die während einer gegen ihn schwebenden Untersuchung, sei es einer strafrechtlichen, sei es einer Disziplinaruntersuchung, eintritt. In manchen Staaten ist Dienstentsetzung auch eine Disziplinarstrafe. Die Dienstentsetzung kann in die Dienstentlassung, in ein freiwilliges oder unfreiwilliges Ausscheiden aus dem Amte übergehen.

Modus vivendi (lateinisch) ist die gegenseitige Verständigung über ein erträgliches Nebeneinanderbestehen nach einem Zerwürfnis, namentlich zwischen Parteien im öffentlichen Leben oder zwischen verschiedenen Glaubensbekenntnissen.

Reichsverweser. Ungarn hat sich einen „Reichsverweser" gewählt. Solche Reichsverweser oder Reichsvikare gab es auch im alten Deutschen Reiche; sie waren die einstweiligen Verwalter der königlichen Würde von Erledigung des Thrones bis zur Wahl eines neuen Herrschers und führten ihr Amt auch bei Minderjährigkeit, langer Abwesenheit oder sonstiger Verhinderung der Fürsten. Als die deutsche Nationalversammlung 1848 ein neues Deutsches Reich herstellen wollte, entschied sie sich für Einsetzung eines Reichsverwesers an Stelle des Bundestages und ernannte den Erzherzog Johann von Österreich zum einstweiligen Inhaber der deutschen Zentralgewalt unter dem Titel „Erzherzog-Reichsverweser".

Storthing („große Versammlung") ist der Name des norwegischen Parlaments. „Thing" (neuhochdeutsch „Ding") hies bei den alten germanischen Stämmen jede Volksversammlung, besonders aber die Gerichtsversammlung, die öffentlich unter freiem Himmel, auf Hügeln oder unter Bäumen abgehalten wurde. Der engere Rat des norwegischen Storthings heißt „Lagthing". Auch in Dänemark heißt das Parlament „Thing", und zwar „Folkething" die zweite, „Landsthing" die erste Kammer.

Homerule, die Sehnsucht der Iren, bedeutet „Heimatsregierung". „Homerulers" nannte sich eine im Jahre 1872 gebildete irische Partei im britischen Parlament, die für Irland ein selbständiges Parlament und ein eigenes Ministerium forderte. Seitdem hat der Kampf um Homerule in Irland nicht aufgehört.

Quai d'Orsay. Wenn man von der Politik des „Quai d'Orsay" spricht, meint man das französische Auswärtige Amt, dessen Sitz sich auf dem Pariser Kai dieses Namens (auf dem linken Seineufer) befindet. In demselben Sinne sagt man vom „Kabinett von St. James", wenn man vom englischen Auswärtigen Amt, dessen Sitz der St. James-Palast in London ist, spricht.

Der „tolle Mullah". Mullah, besser Mollah, ist der Titel der Geistlichen und Gelehrten bei den persischen und türkischen Mohammedanern. Der „tolle" (fanatische) Mullah, englisch: „The mad Mullah", heißt Mohammed ben Abdullah. Er ist von jeher englandfeindlich gewesen und fügte im April 1902 in Britisch-Somaliland einer englischen Abteilung eine empfindliche Niederlage bei. 1905 wurde er unter den Schutz der italienischen Regierung gestellt und an einem ihm zur Verfügung gestellten Küstenstreifen fest angesiedelt.

Bekanntmachungen.

1) Einziehung der Gebühren für elektrischen Strom

für den Monat Februar beginnt Montag, den 8. d. Mts Es wird ersucht, bei Abwesenheit des Haushaltungsvorstandes das nötige Geld zur Bezahlung der Rechnung zurückzulassen. Ein zweiter Einziehungsversuch ist unmöglich. Falls unmittelbar nach der Ablesung des Messers dann nicht Bezahlung in der Wohnung des Netzwartes, Poststraße 1 erfolgt sein sollte, müßte zwangsweise Einziehung stattfinden oder Sperrung des elektr. Stromes.

2) Aufbewahrung von Vermögensstücken usw.

Der Verwaltungsrat der Gemeindesparkasse hat beschlossen:

a) Neben den bereits zugelassenen verzinslichen Wertpapieren auf Sparprämienanleihe der deutschen Reichs- und Hypothekenbriefe zur Aufbewahrung anzunehmen gegen eine Gebühr von 3 M. für das hinterlegte Jahr (vom 1. 10. d. Js. beginnend).

b) Die Gebühr für die Hinterlegung der verzinslichen Wertpapiere vom 1. 4. 1920. ab im Einvernehmen mit den zum Schles. Sparkassen Verbande gehörigen Sparkassen wie folgt zu erhöhen:

bis 500	Mk.	Nennwert	50	Pfg.
„ 600	„	„	60	„
„ 700	„	„	70	„
„ 800	„	„	80	„
„ 900	„	„	90	„
„ 1000	„	„	100	„

für weitere angefangene oder volle 1000 Mark Nennwert 1 Mk.

c) Dem Beispiel anderer Sparkassen folgend, die Gebühr für hinterlegte Sparkassenbücher auf 1 Mk. für das Hinterlegungsjahr vom 1. 10. 1920 ab zu erhöhen.

3. Gebühren für Einlösung von Zinsscheinen,

deren Wertpapiere nicht in der Gemeinde-Sparkasse hinterlegt worden sind, sind auf Beschluß des Verwaltungs-Rats gen. Kasse vom Tage der Veröffentlichung auf ½ % festgesetzt worden.

4. Kartoffelversorgung.

Im Einvernehmen mit Herischdorf und Cunnersdorf wird auf Empfehlung des Herrn Landrats die Wochenration auf 5 Pfund vom 8. März 1920 ab festgesetzt.

Da es nur noch möglich ist, Kartoffeln zu bedeutend höheren Preisen als nach den reichsgesetzlichen Sätzen vom Ausland zu erlangen, mußte wie in den beiden obigen Gemeinden der Kleinhandelsverkaufspreis auf 30 Pfg festgesetzt werden.

5. Grenzspende.

Die Gemeindesparkasse ist Annahmestelle. Eine Zeichnungsliste nnd eine Sammelbüchse liegt zur regen Benutzung aus.

Warmbrunn, den 6. März 1920.

Der Gemeindevorstand
Neugebauer.

Danksagung.

Für die unendlichen Beweise der Liebe und Teilnahme von Nah und Fern während der langen Krankheit sowie bei der Beerdigung meiner lieben Tochter, unserer lieben Schwester, sagen wir **Allen, Allen** ein „Gott vergelt's".

Warmbrunn, den 6. März 1920.

Berta Haberstroh
nebst Söhnen.

Kriegsanleihe in jeder Höhe **kauft** gegen bar Hans Hinderer, Berlin S, Schwäb. Straße 8

Unterricht im Malen und Zeichnen
erteilt
Elisabeth Köhnemann,
Malerin,
Deutsche Kolonie 12, I.

Bürgerverein
Bad Warmbrunn.
Montag, den 8. März,
pünktlich 8 Uhr:
19. Vortragsabend
in der „Galerie".
Herr Geheimrat Friedensburg, Hirschberg:
„Zaubermünzen u. Münzzauber".
Einzelkarten für Mitglieder 40 Pf. für Nichtmitglieder 60 Pf.
Der Vorstand:
Hüllweck.

Welt-Panorama
Warmbrunn.
Ziethenstraße 11.
Filiale Passage Berlin.
Diese Woche:
Deutscher Vormarsch zur Marne
Mai – Juni 1918.
Täglich geöffnet v. 3—10 Uhr.

Frischen Seefisch
empfiehlt
T. H. Schmidt,
Herischdorf.

Für Mitte oder Ende Juni wird für einzelne Dame mit Kind, ein einfaches, sauberes
Zimmer
mögl. m. voller, guter Pension **gesucht.** Angeb. m. Preis unt. **„C. K. 556" an Saganer Wochenblatt, Sagan i. Schl.**

Schreibmaschinen, auch defekte kaufe zu hohen Preisen und hole selbst ab. Zuschriften mit Preis an
Otto Krusch, Breslau 23

Riesengebirgsverein (Ortsgruppe Warmbrunn)
Montag, den 8. März,
abends 8 Uhr:
Hauptversammlung
im „Rosengarten".
Tagesordnung:
1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Vorstands- und Abgeordnetenwahl.
3 Anträge.
Der Vorstand:
Dr. Moses.

Verloren
von Bahnhof Warmbrunn nach Herischdorf
schwarzseidenes Tuch.
Geg. Belohnung abzugeb.
Hermsdorferstr. 15a, 1. Etg.

Sofa
zu kaufen gesucht.
Angebote unter „Sofa" an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Sommer-Umpreß- und Umnäh-Hüte
fertigt schnellstens
A. Werner,
Schloßpl. Ecke Hermsdorferstr.

1 Paar weiße Schuhe
(Größe 33),
sowie
ein blauer Bortenhut
für junges Mädchen und
2 Paar Kinderschuhe
(Größe 26)
zu verkaufen.
Herischdorf,
Giersdorferstraße 225.

Selbstgeber verleiht schnell diskret **Geld,** Ratenzahl. gestattet
J. Maun, Hamburg 5.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 5.

Brauerei Warmbrunn.
Sonntag, den 7. März 1920:
Großes Bockbierfest.
Große humoristische Scherzpolonäse.
— Bockmützen und Scherzartikel im Lokal zu haben. —
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Es laden freundlichst ein **Familie Jüttner.**

Schwarzes Roß :: Warmbrunn.
Heute Sonntag:
Bockbierfest mit Tanz,
verbunden mit Bockverlosung.
ff. Bockwurst mit Salat.

Für Wiederverkäufer und Gastwirte
empfehle ich
Teegläser
mit vernickeltem Halter, Stück 3,— Mark.
Tropfenfänger „Ideal"
für alle Kannen passend, mit und ohne Deckelhalter, sorgt für Sauberkeit der Tischwäsche.
Stück Mark —,60, —,70, —,90 u. 1,25.
Preise ausschließlich Verpackung und Porto.
Rudolph Preuss, Görlitz.

Bürger-Verein
Bad Warmbrunn.
Sonntag, den 7. März,
nachmittag 5 Uhr:
in der „Galerie":
Wiederholung des
Bunten Abends
der Frl. Frida Tepler'schen Haushaltungsschule
zugunsten des Volksheims (Bücherei und Lesehalle) in Bad Warmbrunn.
Vorträge .·. Tänze
Lebende Bilder
Eintritt für Nichtmitglieder 4,—, 3,— u. 2,— M.
„ „ Mitglieder 3,—, 2,— u. 1,— M.
Kartenverkauf in der Buch- und Kunsthandlung von Max Leipelt und an der Abendkasse.
Der Vorstand.

Verein der Handwerksmeister zu Warmbrunn u. Umgegend.
Dienstag, den 9. März 1920, pünktlich abends 8 Uhr, im Saale des **Schwarzen Roß:**
1. Oeffentliche Versammlung.
Vortrag über wirtschaftliche und kommunale Interessen des selbständigen Handwerks vor und nach der Revolution.
(Hierzu sind besonders alle selbständigen Handwerker und deren Frauen, auch selbständige Meisterinnen (Nichmitglieder) eingeladen.)
2. Vereinsangelegenheiten, Anmeldungen pp.
(Nur für Mitglieder.)
Inbezug auf die Wichtigkeit der Existenzfragen des selbständigen Handwerkers bezw. Handwerkerinnen ist das Erscheinen jedes Einzelnen im eigensten Interesse dringend notwendig.
Der Vorstand:
J. A.: **R. Geppert,** Vorsitzender.

Stempel
Gummi-, Metall- und Faksimile-Stempel
für Behörden, Kaufleute u. Private
besorgt schnellstens zu Katalogpreisen
P. Fleischer's
Buchdruckerei, Warmbrunn.
Invalidenmarkenstempel, Stempelkissen und Stempelfarbe vorrätig.

Zigaretten
aus hell. oriental. Tabak mit Goldmundstück.
Banderole F Mk. 230.— pr. Mille. Versand nicht unter 1 Mille. — **Rauchtabak,** gar. rein Uebersee, Mk. 19.— per Pfund. Versand nicht unter 5 Pfd., laufend abzugeben unter Nachnahme.
Carl Aug. Schmidt, Hamburg 36.
Esplanade 6. Fernruf Nordsee 4433. Telegr.: Cubatabak.

Visitenkarten liefert schnell und billig P. Fleischer Buchdr.